

Umlegung vertagt – Finanzierung beschlossen

Zwei weitere Themen wurden im Warthäuser Rat behandelt. Die Weisung zu einem Umlegungsverfahren hat Bürgermeister Wolfgang Jautz abermals vertagt, nachdem sich keine Mehrheit dafür abgezeichnet hatte. Vor allem die ÖBB- und die FW-Fraktion hatten moniert, dass der Zweckverband noch nicht mit allen Grundstückseigentümern gesprochen hat. Eberhard Sutter vom Vermessungsamt Biberach stellte im Rat das Verfahren vor und erklärte auf Nachfrage, dass dies „ein gewisses Druckmittel“ darstelle. „Der Einzelne kann das Verfahren damit nicht blockieren“. Sollte ein Grundstückseigentümer nicht tauschen wollen, müsse er sich entsprechend an den Erschließungskosten beteiligen. Schließlich sei ein entwickeltes Industriegebiet deutlich wertvoller als reines Ackerland. Jautz betonte, dass durch die Umlegung „niemand schlechtergestellt oder hinters Licht geführt“ werde. Die Eigentümer hätten in den Gesprächen bereits signalisiert, dass sie Grundstücke tauschen wollen.

Eine Entscheidung gab es bei der Frage, wie die Gemeinde das Geld für den Grunderwerb aufbringt. Der Rat sprach sich mit knapper Mehrheit dafür aus, die Grundstücke für den ersten Bauabschnitt zu erwerben und den Gemeindeanteil in Höhe von 225 000 Euro aus den Rücklagen der Gemeinde zu bezahlen. Als Vorteil nannte Kämmerin Sabrina Kühnbach, dass für diese Rücklagen dann keine Negativzinsen anfielen. Die Alternative wäre die Finanzierung des Zweckverbands über neue Kredite gewesen. (asp)
